

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 21. Juni 2018

**Bottroper Apotheken-Fall:
Ein bundesweiter Risiko-Management-Ansatz ist notwendig**

Der Bottroper Apotheken-Fall signalisiert ein Versagen der Apothekenaufsicht, aus dem systematisch Lehren zu ziehen sind. Dies ist Gegenstand der Stellungnahme des Vorstands der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler VDW (e.V.). Er vertritt die Auffassung, dass für den Prozess der Erarbeitung angemessener Konsequenzen eine Risiko-Management-Perspektive eingenommen werden muss. Basis dafür muss eine vorrechtliche Kooperation der drei involvierten Institutionen sein: der arzneimittelrechtlichen Apothekenaufsicht auf Länderebene, allerdings bundesweit koordiniert, der Apothekenkammern und der Krankenkassen.

Die VDW folgt nicht der Auffassung, dass es sich bei dem Bottroper Fall um einen Einzelfall mit hoher krimineller Energie gehandelt hat. Seine Wiederholung ist nicht unwahrscheinlich. Vorsorge dagegen ist möglich und notwendig.

Vorgeschlagen wird ein Lernprozess mit den folgenden Schritten:

1. Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) stellt eine Aufarbeitung bereit, die sicherstellt, dass die Lehren nicht allein auf der verkürzten Basis dessen gezogen werden, was strafrechtlich ermittelt wurde.
2. Die Gesundheitsministerkonferenz veranlasst eine Aufarbeitung der länderweit unterschiedlichen Formen der Apothekenaufsicht und welche Konsequenzen jeweils bereits gezogen wurden.
3. Das Bundesministerium für Gesundheit setzt eine Experten-Kommission ein, in der die Apothekenaufsicht auf Länderebene, die Apotheker-Standesorganisationen und die Krankenkassen vertreten sind. Aufgabe der Kommission ist es, aus der Risiko-Management-Perspektive ein Konzept für die Gewährleistung der Sicherheit von Krebsmedikamenten zu erarbeiten. Daraus werden Konsequenzen für die Aufgaben der drei Säulen Apothekenüberwachung, Apotheken-Standesrecht sowie Krankenkassen-Aufsicht abgeleitet.
4. Bund und Länder bilden eine gemeinsame Kommission. Sie klärt, in welchen Bereichen die historisch überkommene Aufgabenteilung nicht korrekt gemanagt wird. Zum anderen soll sie einen Verfahrensvorschlag vorlegen, der den rechtlichen Änderungsbedarf für die identifizierten Bereiche formuliert.

Die VDW veröffentlicht ihre Stellungnahme anlässlich der Publikation des Doku-Buchs "Whistleblower-Enthüllungen zu Krebsmittel-Panschereien und illegalen Waffengeschäften". Darin wird auch das Versagen der Apothekenaufsicht dargestellt, welches im Bottroper Apotheken-Fall bekannt wurde. Schätzungen zufolge sind 6.000 Patientinnen und Patienten in fünf Bundesländern betroffen. Die Krankenkassen sind um 56 Millionen Euro gebracht worden. Der Fall zählt damit zu den größten Medizinskandalen in der deutschen Nachkriegsgeschichte, auf einer Stufe mit dem Contergan-Fall. Der Prozess des Lehren-Ziehens hat dem angemessen zu sein.

Downloads:

Die **STELLUNGNAHME** mit einer ausführlichen Beschreibung der einzelnen Handlungsschritte steht auf der [Webseite der VDW](#) als PDF-Download zur Verfügung.

Ihre Ansprechpartner:

Prof. Dr. Hartmut Graßl | E-Mail: hartmut.grassl@mpimet.mpg.de

Dr. Hans-Jochen Luhmann | E-Mail: jochen.luhmann@wupperinst.org | Tel.: 0202-2492133

In der **Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.** vernetzen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen wissenschaftlichen Disziplinen. Sie reflektieren kritisch ihre Verantwortung für die Folgen von wissenschaftlicher Forschung und Technik und nehmen mit fundierter Expertise aktiv an der gesellschaftlichen Debatte teil – vor allem auf den Gebieten Frieden, Klima, Biodiversität, Ökonomie und Digitalisierung.

Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. | Marienstraße 19/20, 10117 Berlin

t+49.30.21234056 | e info@vdw-ev.de | www.vdw-ev.de

Die VDW auf [Twitter](#) und [Facebook](#)